

Frauen im Alter: 89% der Deutschen sehen finanzielle Benachteiligung!

Eine aktuelle Umfrage zeigt, dass 89 % der Deutschen Frauen als finanziell benachteiligt betrachten. Wichtige Ursachen und Lösungen werden diskutiert.

Deutschland - Eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Innofact, die im Auftrag von Verivox durchgeführt wurde, zeigt ein deutliches Bild der finanziellen Benachteiligung von Frauen in Deutschland. Laut der Umfrage, die im Januar 2025 mit 1.024 Personen online durchgeführt wurde, sind 89 Prozent der Deutschen der Meinung, dass Frauen finanziell benachteiligt sind. Unter den männlichen Befragten teilen 84 Prozent diese Auffassung, während 94 Prozent der Frauen diese Meinung vertreten. Diese breite Übereinstimmung verdeutlicht, dass das Thema der finanziellen Gleichstellung Geschlechter übergreifend als wichtig erachtet wird.

Die Umfrage ergab zudem, dass viele Frauen der Ansicht sind, sie müssten sich im Alter stärker einschränken als Männer. So erwarten 32 Prozent der weiblichen Befragten erhebliche Einschränkungen im Alter, während dies nur für 26 Prozent der Männer zutrifft. Um ihre finanzielle Situation zu verbessern, nennen Frauen folgende Maßnahmen: bessere Kinderbetreuung (64 Prozent), mehr Gesetze für gleiche Bezahlung (61 Prozent) und flexiblere Arbeitszeitmodelle (59 Prozent).

Rentenlage und Altersarmut

Die finanzielle Benachteiligung zeigt sich besonders stark im

Rentensystem. Frauen erhalten im Durchschnitt geringere Renten als Männer, was die Zahl der von Altersarmut bedrohten Frauen stark erhöht. Im Jahr 2024 erhielten 413.955 Frauen Grundsicherung im Alter, ein Anstieg um etwa 100.000 im Vergleich zu 2014. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken im Bundestag hervor.

Die Rentenlücke, auch bekannt als Gender Pension Gap, betrifft insbesondere Frauen, die heute im Ruhestand sind. Im Jahr 2023 erhielten Frauen im Durchschnitt 43 Prozent weniger Rente als Männer, wenn man ihre eigenen Einzahlungen berücksichtigt. Besonders besorgniserregend ist die steigende Armutsgefährdung unter Rentnerinnen: 3,2 Millionen Menschen über 65 Jahren sind betroffen, verglichen mit 2,4 Millionen im Jahr 2013.

Teilzeitarbeit und ihr Einfluss auf das Einkommen

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen lag im dritten Quartal 2024 bei 77,6 Prozent, was über dem EU-Schnitt von 71 Prozent liegt. Dennoch arbeiten rund 50 Prozent der Frauen in Teilzeit, was nicht nur zu geringeren Einkommen, sondern auch zu weniger Entgeltpunkten führt. Der Hauptgrund für Teilzeitarbeit bei Frauen ist die Kinderbetreuung, die 62 Prozent angeben, während bei Vätern nur 29 Prozent diesen Grund nennen. Die Entscheidung für Teilzeitarbeit hat direkte negative Auswirkungen auf die zukünftige Rente und erhöht das Risiko von Altersarmut.

Verdienstunterschiede und der Gender Pay Gap

Ein zentraler Aspekt der finanziellen Benachteiligung ist der Gender Pay Gap, der den Verdienstunterschied pro Stunde zwischen Männern und Frauen beschreibt. Dabei wird zwischen

dem unbereinigten und dem bereinigten Gender Pay Gap unterschieden. Der unbereinigte Gap zeigt die Differenz zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten von Frauen und Männern, während der bereinigte Gap diese Unterschiede nach Beruf, Branche, und Qualifikation herausrechnet. Der bereinigte Gender Pay Gap wird als Obergrenze für Verdienstdiskriminierung angesehen und reflektiert die Verdienstunterschiede von Männern und Frauen mit vergleichbaren Eigenschaften.

Beide Indikatoren sind relevant für die Diskussion über Verdienstungleichheit und sind Teil eines größeren Themas, das auch den Gender Employment Gap und den Gender Hours Gap umfasst. Diese Aspekte sind entscheidend, um die Ursachen von Verdienstungleichheit zwischen den Geschlechtern zu beleuchten und Maßnahmen zur Verbesserung der finanziellen Situation von Frauen zu ergreifen.

Während die meisten Bürgerinnen und Bürger ein Bewusstsein für die finanziellen Benachteiligungen von Frauen haben, bleibt viel zu tun, um wirkliche Gleichstellung zu erreichen. Eine Kombination aus politischen Maßnahmen, Bildung und gesellschaftlichem Wandel ist notwendig, um die finanzielle Schiefelage zu beheben und geschlechtsspezifische Diskriminierungen abzubauen.

Für weitere Informationen zu den Ergebnissen der Umfrage und den finanziellen Benachteiligungen von Frauen, siehe die ausführlichen Berichte von **Süddeutsche, fr.de** und **Destatis**.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.sueddeutsche.de• www.fr.de• www.destatis.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de